

# Die globale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer

## ► Wie soll die Finanzkrise gelöst werden?

Dass die derzeitige Finanzmarktkrise globale Lösungen benötigt, ist unumstritten. Dass dafür ein Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs von Nöten ist, ebenso. Warum dieser Weltfinanzgipfel aber nicht im Rahmen der Doha-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung stattfindet, sondern einige Tage vorher in Washington, lässt bereits vorab eines durchblicken: die Schwellen- und Entwicklungsländer werden nicht als vollwertige Partner akzeptiert und die „neuen Lösungen“ der Krise sollen lieber von den Industrieländern unter sich ausgehandelt werden ([www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de), Oktober 08). Der Ruf nach einem neuen Bretton Woods – einer globalen Konferenz zur Neuordnung der globalen Finanzordnung wird laut.

Im Schatten der globalen Finanzkrise veranstalten die Vereinten Nationen vom 29. November bis 2. Dezember 08 in Doha (Katar) die zweite Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Dort wird vor allem über die Frage, wie mehr (öffentliche) Mittel zur Armutsbekämpfung mobilisiert werden können, diskutiert. Es ist zu befürchten, dass die Krise von Seiten der reichen Länder dazu verwendet wird, weniger Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu geben bzw. zugesagte Erhöhungen nicht einzuhalten, weil sie budgetär stark mit sich selbst beschäftigt sind. Es wäre eine Katastrophe, wenn die Krise zu Lasten der Ärmsten ausgetragen wird, die bereits derzeit stark von der Klima-, Nahrungsmittel- und Energiekrise betroffen sind. Zur Rettung der Banken wurden in den USA rasch 700 Milliarden Dollar aufgebracht. Das zeigt, wenn der politische Wille stark genug ist, lassen sich Steuermilliarden sehr wohl auftreiben. Warum ist das nicht möglich, wenn es um die weltweite Armutsbekämpfung geht? Mit 700 Milliarden Dollar könnten die UN-Millenniumsentwicklungsziele mehrmals erreicht werden.

Aufgrund der Komplexität der weltwirtschaftlichen Entwicklungen ist es noch zu früh, um alle Auswirkungen abschätzen und Empfehlungen für die Zukunft geben zu können. Ein Nachwirken der Finanzkrise bzw. Überschwappen auf die Wirtschaft wird die Länder auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Es braucht konkrete Analysen der Ursachen. Die Frage der Verantwortlichen wird diskutiert, mit unterschiedlichen Bewertungen: der ehemalige Chef der US-Notenbank FED Greenspan hätte eine Schlüsselrolle innegehabt, da er den niedrigsten Zinssatz seit 45 Jahren und damit billiges Geld für Immobilien ermöglichte, was zur Immobilienkrise führte. Es hätte keine ausreichenden Kontrollen am Finanzmarkt gegeben, die Politik habe keine angemessenen Rahmenbedingungen geschaffen, um riesige Fehlspekulationen zu verunmöglichen. Schuld seien die von Gier getriebenen Finanzmanager und Spekulanten gewesen. Neue Instrumente wie Derivate etc. hätten das System von innen heraus zum Kollabieren gebracht. Neue Akteure wie Banken, Pensionsfonds, Hedgefonds, Immobilienfonds verfügten über gewaltige Kapitalmassen und die gemachten Gewinne lagen über jenen, die in der Realwirtschaft erzielbar sind. Für viele Kritiker des Neoliberalismus ist dieses Konzept am Ende, sie verlangen eine neue stärkere internationale Finanzarchitektur, welche der neuen Verteilung der wirtschaftlichen Macht in der Welt Rechnung tragen und einen ausgewogenen Zugang zu nachhaltiger Entwicklung fördern soll.

Nick Leeson, der 1995 als Derivate-Händler in Singapur die britische Barings Bank in den Ruin spekuliert hat und daraufhin sechseinhalb Jahre im Gefängnis saß, fragt sich, wer nun die Verantwortlichen, nämlich die „rücksichtslos und leichtsinnig agierenden Banken, die für die finanzielle Katastrophe verantwortlich sind“, zu Verantwortung ziehen wird (Brand Eins 11/08).

Für Ex-Daimler-Chef Edzard Reuter hat der Finanzmarkt nicht mehr viel mit der Realität zu tun. Er plädiert für Regeln, um die Gier nach schnellem Geld zu zügeln, am besten durch eine internationale Finanzpolizei. Theoretisch könnte auch der IWF diese Rolle übernehmen, doch hat der Währungsfonds keine blütenreine Weste, hatte er doch über Jahrzehnte allen Ländern, die in

Schwierigkeiten waren, Marktöffnung, Deregulierung und die reine Lehre der Marktwirtschaft gepredigt. Reuter tritt für die Regulierung der Finanzmärkte ein, da es ein Irrglauben ist, dass ein freier Markt sich selbst in Ordnung bringen kann ([www.fr-online.de](http://www.fr-online.de) vom 17.10.08).

Buchautorin und Globalisierungskritikerin Naomi Klein sieht die Ideologie des freien Markts noch nicht abgedankt. In Zeiten des Booms lohnt es sich das „laissez faire“ zu predigen, da eine untätige Regierung das Aufpumpen von Spekulationsblasen ermöglicht. Wenn diese Blasen dann platzen, steht diese Ideologie allerdings im Weg und wird dann in Tiefschlag versetzt solange die starke Regierung zur Rettung schreitet. Doch die Ideologie wird zurückkommen, wenn die Rettungsaktionen gelaufen sind. Die riesigen Schulden, die der Öffentlichkeit aufgebürdet werden, um den Spekulanten aus der Patsch zu helfen, tragen zu einer globalen Budgetkrise bei. Diese wird als Rechtfertigung herangezogen für tiefe Einschnitte in die Sozialsysteme und für einen erneuten Privatisierungsschub für den Rest des öffentlichen Sektors ([www.naomiklein.org](http://www.naomiklein.org) vom 19.9.08).

Es wäre ein guter Zeitpunkt, durch die Krise auch die Chance zur Gestaltung eines multilateralen Mechanismus zu kommen, in dem beispielsweise Schwellenländer stärker in die Entscheidungen von IWF und Weltbank einbezogen werden. Alle UN-Mitgliedsländer müssen in eine neue internationale Finanzarchitektur einbezogen werden. Damit könnte ein „Ungleichgewicht“ abgebaut werden, was angesichts der Erosion der dominanten Position der USA durch die Krise möglich scheint. Derzeit werden viele Vorschläge von unterschiedlichen Seiten zur Lösung der Krise diskutiert wie zB eine strengere Kontrolle der Rating-Agentur, Investmentfonds und Hedgefonds, Ausbau der Kontrollorgane, umfassende Transparenzvorschriften, Schließung von Offshore-Zentren, Einfuhr von Kapitalverkehrskontrollen, Aufwertung des IWF bei der Überwachung der Finanzmärkte, Einführung einer Börsenumsatzsteuer oder Devisentransaktionssteuer, Schließen der Derivatmärkte, mehr Eingreifen des Staates und viele andere Vorschläge mehr. Insgesamt wird es wohl ein Paket von Maßnahmen werden müssen. Für IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn ist es zwar zu spät, um Rezession in hoch entwickelten Ländern und Konjunkturverlangsamung in Schwellenländern zu vermeiden. Es sei aber nicht zu spät, eine weltweite Depression zu verhindern.

© vidc, [www.vidc.org](http://www.vidc.org), news Nr. 3/2008